Dresdner Volkszeitung

Bankkonto: Dresden, ... Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post ... vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 141 | Dresden, Montag den 20. Juni 1921 | 32. Jahrg.

Keine Einigung über Oberschlesien?

Eigene Drahtmeldung

Paris, 20. Juni. Nach den heutigen Pariser Morgenblättern scheint die gestern abend beendete Besprechung zwischen Briand und Lord Curzon nur in der türkisch-griechischen Frage zu formellen, wenn auch lange noch nicht vollständigen Ergebnissen geführt zu haben. Dagegen scheint in der oberschlesischen Frage und in der Frage der Aufhebung der Sanktionen die alte Meinungsverschiedenheit zwischen Lord Curzon und Briand noch unvermindert weiterzubestehen, daß die beiden Herren eine formale Verständigung gar nicht erst versucht zu haben scheinen. Im Echo de Paris soll Curzon sogar geradeswegs erklärt haben, daß oberschlesische Industriegebiet sei unteilbar und durch die Mehrheit des Gesamtergebnisses in der Abstimmung für Deutschland könne die Zuweisung des ganzen Industriegebiets an Deutschland nicht vermieden werden. Selbstverständlich habe sich Briand nicht im mindesten dieser Ansicht angeschlossen. Curzon soll sich auch sehr scharf gegen Briand ausgesprochen haben.

Korfantys Bedingungen?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. Juni. Wie uns aus Oberschlesien gemeldet wird, weiß das Blatt Korfantys, der Oberschlesische Wegweiser, zu melden, die Interalliierte Kommission wird demnächst eine allgemeine Amnestie für alle in polnischem Aufruhr Beteiligten erlassen. Auch die Blätter Kongreßpolens melden allerlei Bedingungen, die von polnischer Seite vor einer Liquidation des Aufstandes zu stellen seien. Es wird gefordert, daß der Bahnhof von Gleiwitz in polnischen Händen bleibt und daß die polnischen Elemente künftig stärkeren Einfluß auf die Verwaltung haben als bisher usw.

Faszisten und Sozialisten

Die Times melden aus Rom: In Triest und Neapel wurden die Marktpreise auf das Eingreifen der Faszisten hin bis auf die Hälfte ermäßigt. In Florenz arbeiten die Faszisten in dieser Sache mit ihren Todfeinden, den Sozialisten, zwecks Preisabbaues zusammen.

Arbeitslosendemonstration im Berliner Gewerkschaftshaus

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. Juni. Im Gewerkschaftshaus kam es heute mittag zu Arbeitslosentumulten. Schon im Laufe des Vormittags hatten sich die Erwerbslosen zu vielen Tausenden auf dem Mariannenplatz gesammelt und zogen von dort aus um 12 Uhr mittags in langen Zügen, denen rote Fahnen vorangetragen wurden, zum Gewerkschaftshaus. Hier drangen die Demonstranten über den Hof in das Gebäude ein und versuchten eine im großen Saale tagende Betriebsrätevers ammlung zu sprengen. Das Gebäude konnte die Menge der Demonstranten nicht fassen. Viele Hunderte blieben auf der Straße und belagerten die Eingänge.

Die Gewerkschaftskommission, die rechtzeitig von der Demonstration benachrichtigt worden war, hatte, um eine Wiederholung der Vorgänge von neulich zu vermeiden, für polizeilichen Schutz des Gebäudes Sorge getragen. Die anwesenden Schutzpolizisten drängten die Erwerbslosen wieder aus dem Gebäude heraus, während gleichzeitig auf Lastwagen eintreffende Polizeiverstärkungen die Eingänge säuberten und die Demonstranten abdrängten. Es wurden verschiedene Personen verhaftet.

Deutsch-Schweizer Handelsverhandlungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. Juni. Hier haben deutsch-schweizerische Handelsverhandlungen begonnen. Am 1. Juli lief das deutsch-schweizerische Handelsabkommen ab und die jetzigen Besprechungen sollen einen Meinungsaustausch darüber anbahnen, wie sich künftig die Handelsvertragsverhältnisse gestalten werden.

Die Japaner in Ostsibirien

Paris, 20. Juni. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Tokio haben japanische Streitkräfte die Stadt Nikolajew und andere Punkte in Ostsibirien besetzt.

Der Kanzler über die Wiedergutmachung

Essen, 20. Juni. Vor einer 7000köpfigen Versammlung sprach am gestrigen Sonntag im großen Saale des städtischen Saalbaues der Reichskanzler Dr. **Wirth** über das Ultimatum und dessen Erfüllungsmöglichkeit. Kanzler und Finanzminister stehen heute in einer Person vor Ihnen, und ich werde Ihnen ehrlich und aufrichtig, aber auch mutigen Herzens unsre heutige Lage schildern. Wir Zuckerwerk können wir zur Zeit in Deutschland keine Politik machen. Das Ultimatum ist das Kennzeichen des heutigen Europas, aber nicht etwa seit einem Jahre, sondern bereits seit sieben Jahren. Gehen Sie zurück bis zum Jahre 1914. Wir stehe an dem Beginn der neuen Ära

das unglückselige Ultimatum an Serbien,

das Tod und Verderben über die Welt brachte, nicht nur über uns. Dieses Ultimatum war der Anfang der Zerrüttung der ganzen Weltwirtschaft, und am Ende dieser siebenjährigen Epoche steht wieder ein Ultimatum, **das Londoner Ultimatum**, das an uns ergangen ist. **Wie hätten wir uns demgegenüber verhalten sollen?** Wir will nicht mit denen rechten, die Nein gesagt haben. Wir haben Ja gesagt, und wir haben es zu verantworten, daß wir Ja gesagt haben. Ich bin heute hier, um Ihnen auseinanderzusetzen, was das Ja bedeutet. Da stehen zunächst die Aufgaben, die wir erfüllen können, wenn wir nur wollen, und dann kommen die Aufgaben, die wir erfüllen müssen bis zu jenen Grenzen, auf daß die Welt sieht, daß mehr von Menschen nicht geleistet werden kann. Wir können erfüllen die **Abgabe der Waffen und die Auflösung der Wehren.** Die Abgabe der Waffen ist hart und schmerzlich. Denken Sie an Bayern, aber wir sind so weit, daß wir sagen können, auch bezüglich Bayerns, wir werden diesen Schritt gehen und sind ihn Gott sei Dank in weitem Maße gegangen. Auch die Auflösung der Wehren stellt uns vor ein schwieriges Problem. Aber ich bin überzeugt, daß auch diese zweite Bedingung in Kürze erfüllt sein wird. Wir haben Ja gesagt, und warum? Ich wiederhole es immer wieder, gerade Ihnen im Ruhrgebiet. Wir haben das Ja gesprochen der

deutschen Einheit wegen und der deutschen Freiheit wegen.

Was haben wir denn gerettet aus dem unheilvollen Zusammenbruche eines Volkes, eines Staates, einer Wehrmacht, die einzig dastehende in der Geschichte ist? Die Einheit unsres Volkes, seine Wirtschaft und seine einheitliche Zusammenfassung! Und was haben wir noch gerettet? **Die Freiheit, zu arbeiten, die Freiheit,** die Art, wie wir arbeiten, wie wir organisieren, selbst anzugeben, die Art der Teilnahme des Arbeitnehmers an der Entwicklung unsrer nationalen Kultur, und die Art, wie wir die sozialen Gedanken einfließen lassen wollen in dem kommenden Entwicklungsprozeß. Mit einem Wort, die Bewegungsfreiheit haben wir für unsre Volksgenossen gerettet. (Lebhafter Beifall.) Die Stimmen, die zu mich kommen, zeigen mir, wie gewaltig die Not in manchen Teilen des besetzten Gebiets unter den Wirkungen der Sanktionen ist, und bedenken Sie, wie gewaltig die Sanktionen gewesen wären, wenn das **gesamte Ruhrgebiet**, wenn Sie in Ihrer Arbeit ständig unter dem Zwange feindlicher Bajonette hätten das Ultimatum erfüllen müssen. Ich sagte, das Jawort war notwendig, um das Ruhrgebiet zu retten. Ich weiß noch nicht, ob es gelingen wird, den **letzten Rest jener deutschen Lande**, wo jetzt der Bürgerkrieg tobt, in diese Einigkeit einzubeziehen. Wer es ernst mit der Entwicklung Europas, mit dem Gedanken der Demokratie, mit dem Gedanken der Freiheit meint, der muß

die Abstimmung in Oberschlesien

achten, sonst bereitet er wieder eine neue Katastrophe in Europa vor. Es war eine Verletzung des Friedensvertrages, daß die alliierten Mächte nicht imstande waren, Freiheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Darum rufen wir es hinaus in alle Lande: Es würde für ewig für die Alliierten ein **Zeichen des Niederganges** sein, wenn sie in Oberschlesien dem **Gedanken des Rechtes** und des Friedensvertrags nicht rasch und endgültig zum Siege verhelfen würden.

Ich komme nun zu dem schwierigsten Kapitel, der

Erfüllung des Ultimatums.

Wir sollen erstens zwei Milliarden Annuitäten bezahlen, zweitens 26 Prozent von der Ausfuhr abliefern und drittens die Besatzungskosten tragen. Wer in Europa Frieden und Aufbau für alle Länder will, der müßte dem Gedanken schnell näher treten, die unproduktiven Ausgaben des Militarismus auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Dieser Ruf geht hinaus an die Arbeiterschaft aller Länder. Ich bin bereits in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Einnahmen des Reiches

mehr als 45 Milliarden

betragen haben. Es ist keine Demagogie, wenn ich erkläre, daß bei dem gewaltigen Aufbringen der Reichseinkommensteuer die Lohn- und Gehaltsempfänger für die Leistungen des Reiches an erster Stelle stehen. Wenn wir so weiter arbeiten, dann bin ich **überzeugt**, daß der innere Etat unsers Vaterlandes im nächsten Jahre **mit einem gewaltigen Ueberschuß** abschließen wird. Zu dem Fehlbetrag von 20 Milliarden Mark bei der Post und Eisenbahn bemerkte der Kanzler, daß er schon in diesem Jahre mit einer bedeutenden Reduzierung des Defizits rechne, unter der Voraussetzung, daß die inneren politischen Unruhen in Deutschland aufhören. Betreffs der neuen Steuervorlage sagte der Kanzler, seien große Vorlagen in Vorbereitung. Er wies auf die **Körperschaftssteuer**, die Möglichkeit einer Notierungsabgabe, die Erfassung der Vorzugsaktien und auf die Notwendigkeit hin, **Branntwein und Tabak** mindestens in dem Maße der Friedensvorbelastung zu belasten. Die zwei Milliarden Annuitäten würden wir aufbringen. Das Schwerste sei die **Aufbringung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe**. Allein man sehe in England bereits, daß die Kontrolle dieser Abgabe so riesige Organisationskosten verursachen würde, daß von der Abgabe für produktive Zwecke der geringste Teil zur Verfügung stehen würde. Der Kanzler teilte dann mit, daß die jetzige Kohlensteuer verlängert, wahrscheinlich erhöht werden müßte, auch deshalb, weil uns die Feinde die Kohlenlieferungen auf dem Inlandpreis auf Reparationskonto gutschreiben. Der Wiederaufbau sei das Werk der gesitteten Welt. Dr. Wirth schloß: Wir vertrauen auf unsre Macht, wir wollen an den Gräbern unsrer Gefallenen im Gebet niedersinken, aber dann wieder aufstehen und vorwärts- und aufwärtsgehen einer **Zeit der Freiheit**, einem **demokratischen Deutschlands** entgegen.

Die Periode der Erleuchtung

Von Fritz Kummer

Die 15. Generalversammlung des **Deutschen Metallarbeiterverbandes** ist auf den 12. September 1921 nach **Jena** einberufen. Dieser wird, wie der letzten, die volle Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiterschaft zugewandt sein. Mehr als die überragende wirtschaftliche Bedeutung des Verbandes ist es die **Austragung des großen Meinungsstreites**, was das proletarische Interesse schärft. Im Metallarbeiterverband hat die Bruderfehde am ersten und am regsten Wellen geschlagen, in ihm ist das Ringen der politischen Richtungen um die Leitung am heißesten. Den andern Organisationen kann es nicht gleichgültig sein, wie die Stammgewerkschaft mit ihren 1,5 Millionen Mitgliedern, Tausenden von Beamten und Hunderten von Ortsgruppen das alles beschattende Problem löst, weil von der Art ihrer Lösung die der ganzen Arbeiterbewegung in hohem Grade mitbestimmt wird. Grund in Fülle für Gewerkschaften und politische Richtungen, den Gang der Dinge bei den Metallarbeitern als auch ihrem Verbandslage gespannten Auges zu verfolgen. Die Mühe wird nicht umsonst sein. Denn in den zwei letzten Jahren haben sich in dem Riesenverband ebenso erfreuliche wie lehrreiche Wandlungen vollzogen, die bald lichtere Tage verheißen.

Wie männiglich bekannt, hat auf dem letzten Verbandstag zu **Stuttgart** mit dem Siege der Unabhängigen bei den Delegiertenwahlen ein neuer, „**revolutionärer Geist**“ seinen Einzug in die größte Gewerkschaft der Welt gehalten. Eine kommunistisch-unabhängige Mehrheit „verankerte“ den neuen Geist in langen Resolutionen. Nun konnte es an nichts mehr fehlen, der neue Geist sollte einen rascheren Fortschritt, eine wirksamere Vertretung der Arbeiterinteressen, den sicheren Siegeszug des Sozialismus, ja die revolutionäre Erleuchtung aller proletarischen Lebewesen verbürgen. Die radikale Delegiertenschaft war des Wunderglaubens voll, ihre Anhängerschaft im Lande desgleichen. Sie wartete geduldig auf die Erfüllung der Verheißung. Sie wartet noch heute. Freilich nun nicht mehr geduldig.

Von all den Verheißungen ist — leider — nur eine in Erfüllung gegangen: die **Erleuchtung**. Aber die ist auch wirklich revolutionär, freilich in einem etwas anderen Sinne, als damals in Stuttgart gewünscht werden mochte.

Die Erleuchtung kam zu förderst über starke Haufen der unabhängig-kommunistischen Mehrheit, die bald die Verheißungen für Humbug erklärten, dann schlankweg behaupteten, der Geist, den der von ihr erkorene Verbandsvorstand betätige, sei ganz und gar nicht von der Art, wovon ihnen in Stuttgart Muster vorgelegen. Die Größe der Enttäuschung fand ihresgleichen in der Menge der Klagen über den eigenen Vorstand. Da dieser offenbar auch nicht recht wußte, wie er die „Einstellung auf die revolutionäre Kampfbasis“ bewerkstelligen sollte, sagten ihm die Enttäuschten grimmige Fehde an. Und nun desgleichen. Die Gesamtabrechnung an kündigen sie ihm für die Jenaer Generalversammlung an. Daß es dort zu etwas lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen und unabhängigen Delegierten kommt, ist bei der beiderseitigen Neigung zu deutlicher Aussprache, die sie sich, als sie noch politische Weggenossen, gegenseitig beigebracht haben, nicht zu bezweifeln. Allein zur Besorgnis für die organisatorische Grundlage des Verbandes braucht dies keinen Anlaß zu geben. Eher wären vor zwei Jahren solche Befürchtungen angebracht gewesen. Seitdem aber hat sich die innere Lage des Verbandes, sofern man unter die Kohäsion seiner lebenswichtigsten Teile versteht, entschieden gebessert. Ein viel stärkerer Wille zum Erhalten steht heute den Spaltungserscheinungen entgegen und er würde, wenn Versessenheit je mit der Keiltreiberei ernstlich begänne, deren Wirkung zu paralysieren und zu überwinden vermögen.

Diese Zuversicht wird insonderheit geboren und gestärkt von dem ermutigenden Wandel in der mehrheitssozialistischen Mitgliedschaft. An Zahl, Geist und Tatwillen hat sie eine prächtige Stärkung erfahren. Sie zeugt von einer erfreulichen Aktivität, deren Verbreiterung noch in vielversprechendem Gange ist. Diese Besserung kommt nicht von ungefähr. Ihre gründlichere gewerkschaftliche Erfahrung, verbunden mit einer Kenntnis von den Schwierigkeiten des Weges zwischen Versprechen und Erfüllen, ließ die mehrheitssozialistische Minderheit den „neuen Geist“ mit Thomasscher Skepsis empfangen. Immerhin mochte sie den Vätern dieses Geistes wenigstens soviel zutrauen, daß sie, einmal im Amte, die Zusammenfassung der hadernden Haufen, die Vorbedingung des Erfolges, als auch die sehr gewünschte Umgestaltung des organisatorischen und geistigen Rüstzeuges anstreben und zu erreichen imstande sein würde. Davon glaubt sie indes nichts bemerken zu können, vom Gegenteil aber um so mehr.

Die schlimme Vermutung, die das Auftreten der radikalen Mehrheit zu Stuttgart entfachte, fand prompt ihre Bestätigung. Die Maßregelung gleichgesinnter Verbandsbeamten hörte nicht auf, die Verfolgung mehrheitssozialistischer Gesinnung ging unverdrossen weiter, wozu sich noch eine schier unendliche Reihe von Handlungen radikaler Verbandsbehörden und Vorkommnissen fügte, die die Minderheit als eine Gefährdung der Organisationsinteressen ansehen mußte. Sollte das Werk, woran man ein ganzes Lebensalter mitgewirkt, nicht noch weiter zerrüttet, sollte die Vergällung der Gleichberechtigung der Mitglieder nicht noch weiter getrieben, sollten die nicht gefügigen „revolu-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210620/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG